



Wer hat noch nicht, wer will noch mal

Schweizer Politiker verteilen Milliarden Franken, als gäbe es kein Morgen. Bezahlen dürfen die braven Bürger und Unternehmen.

Marcel Odermatt

Bern

Die Session der eidgenössischen Räte neigt sich dem Ende zu. Am Freitag folgen die Schlussabstimmungen, dann gehen die Parlamentarier nach drei Sitzungswochen auseinander. Sie lassen den Bürgern eine gesalzene Rechnung zurück. Die Politiker genehmigten Mittel und versprachen Leistungen, als gäbe es kein Morgen.

Nach dem Nationalrat stimmte auch der Ständerat dem Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative zu. Ab 2025 soll der Staat den Ersatz von fossilen Heizungen mit jährlich 200 Millionen Franken unterstützen. Die Ständeräte packten damit sogar noch 100 Millionen Franken auf den Vorschlag der eigenen Umweltkommission drauf. Weitere 200 Millionen Franken genehmigten die beiden Räte, damit die Wirtschaft die Dekarbonisierung vorantreiben kann. Das ging nun sogar SP-Energieministerin Simonetta Sommaruga zu weit. Ihr Widerstand war jedoch zwecklos.

Klima, Sozialausbau, Sicherheit

Doch nicht nur in der Klimapolitik sitzt das Portemonnaie locker. Auch der Sozialausbau wird fröhlich vorangetrieben. Dabei konnte das linke Lager auf den Support der Mitte zählen. Der Nationalrat unterstützte eine Motion, die einen um 30 Prozent höheren Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung verlangt. Allein diese Übung kostet eine Milliarde Franken. Im Gegenzug unterstützten SP und Grüne einen Vorstoss der Mitte-Fraktion, die einen Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten einfordert. Die Architekten des

teuren Plans sind die Parteipräsidenten Gerhard Pfister (Mitte) und Cédric Wermuth (SP). Setzt sich die Mitte-links-Allianz auch im Ständerat durch, kämen auf den Bund weitere 200 Millionen Franken an Kosten zu.

Das macht Mehrausgaben von 1,6 Milliarden Franken, beschlossen von enthemmten Politikern, zu bezahlen von den braven Bürgern und Unternehmen.



Locker sitzt das Portemonnaie:
Mitte-links-Allianz Pfister-Wermuth.

Die Prasserei passt ins Bild, das Parlament und Regierung schon das ganze Jahr über abgeben. Beispiel Sicherheitspolitik: Aufgeschreckt durch den Krieg in der Ukraine, erhöhte man die Armeeausgaben für 2023 um 300 Millionen Franken. Bis 2030 soll das Militärbudget 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes betragen. Hält die Politik an dieser Vorgabe fest, müssen die Verteidigungsaufwendungen bis dann jährlich um 500 bis 700 Millionen nach oben geschraubt werden. Wie dieses Wachstum finanziert werden soll, steht in den Sternen.

In einem ähnlichen finanzpolitischen Blind-



flug befindet sich das Asylwesen. Der Bund rechnet 2022 mit Kosten von rund 900 Millionen Franken wegen des Ansturms von Ukrainerinnen und Ukrainern. Im kommenden Jahr sind dafür sogar 2,1 Milliarden Franken einkalkuliert, 2024 immerhin noch 500 Millionen, unter der Annahme, dass die Ukrainer Ende 2024 in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Die Chancen, dass sich das als Wunschdenken herausstellt, stehen leider gut.

Geht es nach einigen Parlamentariern, soll auch die SBB von einem gewaltigen Geldsegen profitieren. Sie möchten den Staatsbahnen einmalig drei Milliarden Franken für die Ver-

luste aus der Covid-19-Pandemie in die Kassen spülen.

Angesichts der Selbstbedienungsmentalität und Klientelwirtschaft im Bundeshaus wundert es nicht, dass Finanzminister Ueli Maurer im Moment nicht besonders gut auf die Volksvertreter zu sprechen ist. Der SVP-Bundesrat erklärte im Nationalrat an die Adresse der ausgabewütigen Politiker: «Wir können nicht einfach für alles Geld verteilen. Wir haben schlicht und einfach keines.» Wenn die Parlamentarier so weiterkutscherten, rechne das Finanzdepartement im Jahr 2024 mit etwa drei Milliarden Franken ungedeckten Ausgaben. «Im Jahr 2025 dürften es dann gegen fünf Milliarden Franken sein, und im Jahr 2026 könnten wir im schlimmsten Fall auf bis zu sieben Milliarden Franken kommen», so Maurer.

Kosten für Wohlfahrt vervierfacht

Die jüngsten Entscheide des verschwenderischen Parlaments verstärken einen ungünstigen Trend: Die Bundesausgaben haben sich in den letzten dreissig Jahren verdreifacht, die Wirtschaftsleistung jedoch nicht einmal verdoppelt. Die Finanzpolitik mitverludern liess die Corona-Pandemie. In nur zweieinhalb Jahren verteilte der Bund rund

39 Milliarden Franken. Vielen Volksvertretern diene die Seuche dazu, jedes finanzpolitische Gewissen über Bord zu werfen. Plötzlich schien es das Normalste der Welt zu sein, astronomische Summen auszugeben.

Ein Ende dieses Eskapismus ist nur möglich, wenn sich die Mitte-Partei wieder ihrer bürgerlichen Wurzeln besinnt und mit FDP und SVP eine gemeinsame Finanzpolitik entwickelt. Eine solche Allianz müsste in den Gebieten Soziales, Kultur und Entwicklungshilfe – den massiven Kostentreibern der vergangenen Jahre – mit Sparvorschlägen aufwarten. Ohne Korrektur werden sich allein die Ausgaben für soziale Wohlfahrt im Zeitraum von 1990 bis 2025 fast vervierfacht haben.